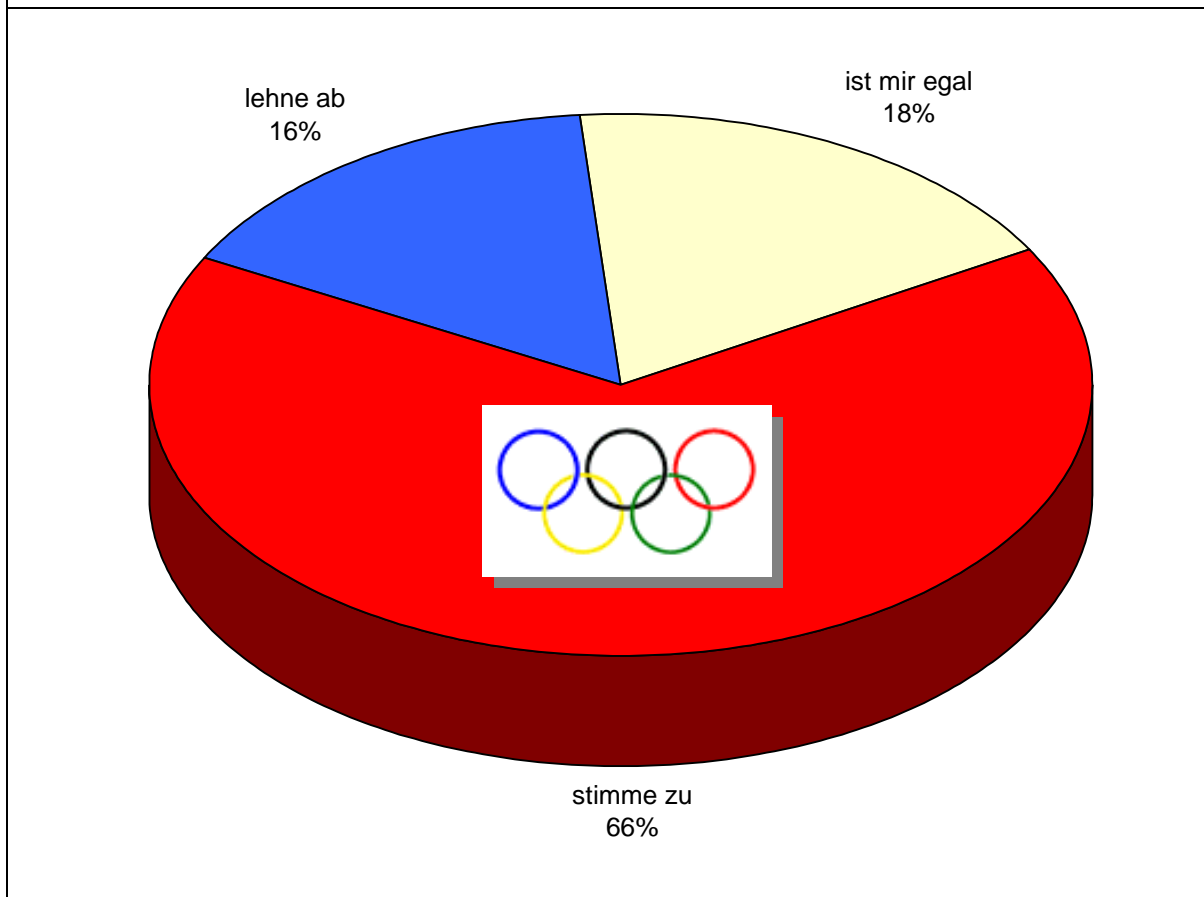




Was halten Sie von Leipzigs beabsichtigter Bewerbung für die Austragung der Olympischen Sommerspiele 2012?



Kommunale Bürgerumfrage 2001

Ergebnisübersicht

Kommunale Bürgerumfrage 2001 - Ergebnisübersicht [13/2001]

Stadt Leipzig
Der Oberbürgermeister
Amt für Statistik und Wahlen

verantwortlich: Dr. Josef Fischer
Redaktion: Dr. Günter Roski, Johannes Heinemann
Mitarbeit: Renate Körner, Annett Kanz
Verlag: Stadt Leipzig, Amt für Statistik und Wahlen
Druckerei: Stadt Leipzig, Hauptamt
Redaktionsschluß: 30.11.2001

Alle Rechte vorbehalten. Es ist nicht gestattet, ohne ausdrückliche Genehmigung des Amtes für Statistik und Wahlen diese Veröffentlichung oder Teile daraus für gewerbliche Zwecke zu vervielfältigen oder in elektronische Systeme einzuspeichern. Die Vervielfältigung dieser Veröffentlichung oder von Teilen daraus ist für nicht gewerbliche Zwecke mit Angabe der Quelle gestattet.

Postbezug: Stadt Leipzig
Amt für Statistik und Wahlen
04092 Leipzig

Direktbezug: Stadt Leipzig
Amt für Statistik und Wahlen
Burgplatz 1, Stadthaus, Zimmer 228

Statistischer Auskunftsdienst: Telefon: (0341) 123 2847
Fax: (0341) 123 2845

Internet-Adresse: Internet: <http://www.leipzig.de>
e-mail: statistik-wahlen@leipzig.de

Gebühr: 15,- EUR (zuzüglich Versandkosten)

Weitere Auswertungen der Kommunalen Bürgerumfrage 2001 können beim Amt für Statistik und Wahlen unter den oben angeführten Adressen in Auftrag gegeben werden.

Zeichenerklärung:

- 0 = Ergebnis gleich Null oder Zahl ist kleiner als die Hälfte der verwendeten Einheiten
- .
- x = Aussage nicht sinnvoll

Inhaltsverzeichnis	Seite
Vorbemerkungen.....	3
Hauptergebnisse	7
I. Personenbezogene Auswertungen	
P 1. Leipzig und Olympia.....	11
Einstellung zur Olympiabewerbung	13
Gründe für die Zustimmung zur Olympiabewerbung.....	14
Gründe für die Ablehnung der Olympiabewerbung	15
P 2. Kommunale Lebensbedingungen.....	17
Zufriedenheit mit dem Angebot an Arbeitsplätzen, Lehrstellen	19
Zufriedenheit mit dem Angebot an Kindereinrichtungen.....	20
Zufriedenheit mit dem Angebot an Alten- und Pflegeheimen, Jugendfreizeiteinrichtungen	21
Zufriedenheit mit dem Angebot an Freizeitsportanlagen, dem Zustand der Gewässer.....	22
Zufriedenheit mit dem Ausbau der Naherholungsgebiete	23
Zufriedenheit mit dem Angebot an Grünanlagen und Parks, der Sauberkeit der Luft	24
Zufriedenheit mit der Sauberkeit der Straßen und Plätze, dem Straßenzustand.....	25
Zufriedenheit mit der öffentlichen Sicherheit/dem Schutz vor Kriminalität.....	26
Wahrgenommene Veränderungen: Angebot an Arbeitsplätzen, Lehrstellen	27
Wahrgenommene Veränderungen: Angebot an Kindereinrichtungen.....	28
Wahrgenommene Veränderungen: Angebot an Alten- und Pflegeheimen, Jugendfreizeiteinrichtungen.....	29
Wahrgenommene Veränderungen: Angebot an Freizeitsportanlagen, Zustand der Gewässer	30
Wahrgenommene Veränderungen: Ausbau der Naherholungsgebiete	31
Wahrgenommene Veränderungen: Angebot an Grünanlagen und Parks, Sauberkeit der Luft	32
Wahrgenommene Veränderungen: Sauberkeit der Straßen und Plätze, Straßenzustand.....	33
Wahrgenommene Veränderungen: Öffentliche Sicherheit/Schutz vor Kriminalität.....	34
P 3. Politik	35
Welche Partei macht die beste Politik für die Bundesrepublik?	37
Kommunalpolitische Informiertheit	38
Kommunale Aufgaben - wo sollte besonders gespart werden?.....	39
Kommunale Aufgaben - wo sollte weniger gespart werden?	40
P 4. Wohnbedingungen.....	41
Lärmbelästigung durch Straßenverkehr.....	43
Lärmbelästigung durch Schienenverkehr, Flugverkehr	44
Lärmbelästigung durch Baustellen	45
Lärmbelästigung durch Industrie/Gewerbe, andere Ursache.....	46
Erreichbarkeit des Vermieters: persönlich, telefonisch.....	47
Einschätzung des Vermieters: Freundlichkeit, Hilfsbereit, Nimmt sich Zeit.....	47
Nutzung einer Direkt-Telefonnummer (Hotline).....	47
Empfehlung des Vermieters.....	47
Informationsquellen über Wohnungsangebote	48
P 5. Persönliches Nettoeinkommen.....	49
Persönliches Nettoeinkommen im August 2001	51

P 6. Ehrenamtliche Tätigkeit	53
Mitgliedschaft im Sportverein	55
Mitgliedschaft im Kultur-/Musik-/Heimatverein, im Umwelt-/Naturschutzverein	56
Mitgliedschaft im Kleingartenverein, in sonstigem Freizeit- und Hobbyverein	57
Mitgliedschaft im beruflichen Interessenverband, in Rettungsdienst/freiwilliger Feuerwehr	58
Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft	59
Mitgliedschaft in einer Partei, politischen Vereinigung, in Bürgerinitiative/Bürgerverein/Selbsthilfegruppe	60
Mitgliedschaft in einer Kirche, Religionsgemeinschaft	61
Mitgliedschaft in einer sozial-caritativen Vereinigung, in Jugendorganisation/Jugendverband	62

II. Haushaltsbezogene Auswertungen

H 1. Wohnen und Umziehen	65
Wohnstatus	68
Art des bewohnten Hauses	69
Wohnfläche, Anzahl der Wohnräume	70
Baujahr des bewohnten Hauses, erfolgte Sanierung	71
Grundmiete	72
Gesamtmiete	73
Umzugsabsicht	74
Umzugsziele, Hauptumzugsgründe	75
Hauptumzugsgründe, Weitere Umzugsgründe	76
Weitere Umzugsgründe, Status der künftigen Wohnung	77
Wohnfläche, Wohnräume, Art der künftigen Wohnung	78
Sanierungszustand, Ausstattungsmerkmale, maximale Gesamtmiete der künftigen Wohnung	79
Bedeutsamkeit einzelner Aspekte bei der künftigen Wohnung: (Lage und Zuschnitt der Wohnung, Mietpreis, Stellplatz/Tiefgarage, Gemeinschaftsgarten bzw. grüner Hof, Ausstattung mit Technik, Einsatz ökologischer Technologien, Extraangebote des Vermieters, Präsenz des Vermieters im Wohngebiet, Image des Vermieters)	80
H 2. Lebensunterhalt der Haushalte	83
Hauptquelle des Lebensunterhalts	85
Haushaltsnettoeinkommen	86
H 3. Haustiere	87
Tiere im Haushalt, Reaktion der Nachbarn	89

Anhang

Fragebogen Kommunale Bürgerumfrage 2001

Vorbemerkungen

Die kommunale Bürgerumfrage 2001 setzt die Reihe der seit 1991 vom Amt für Statistik und Wahlen im Auftrag des Oberbürgermeisters der Stadt Leipzig durchgeführten Befragungen der Leipziger Bevölkerung fort. Hauptziel dieser Umfragen ist die Versorgung des Stadtrates und der Stadtverwaltung mit aktuellen Informationen über die Lebenssituation der Leipziger Bürger sowie ihre Meinungen und Vorstellungen zu verschiedenen aktuellen planungsrelevanten Themen. Die kommunale Bürgerumfrage versteht sich in besonderer Weise als ein Instrument des Dialogs zwischen Bürgerschaft sowie Rat und Verwaltung. Es werden auch objektive Daten erhoben, die nicht aus Registern oder anderen Quellen, wie dem Statistischen Landesamt des Freistaates Sachsen, in der erforderlichen Differenziertheit zur Verfügung gestellt werden können.

Rechtliche Grundlage der Befragungen bildet die am 18. September 1996 vom Leipziger Stadtrat beschlossene „Satzung über die kommunalen Erhebungen der Stadt Leipzig zur wirtschaftlichen und sozialen Lage der Bevölkerung“. Die Erhebung im Jahr 2001 erfolgte wiederum als schriftliche postalische Befragung.

Der vorliegende Band enthält die Hauptergebnisse der Bürgerumfrage 2001 in Form von Grafiken, Tabellen und Thesen.

Inhaltliche Schwerpunkte

Zur Wahrung der Kontinuität zu den vorausgegangenen Umfragen wurden neben den demografischen Indikatoren verschiedene Standard-Merkmale aus vorjährigen Befragungen übernommen. Im übrigen ergaben sich die Schwerpunkte vorrangig durch die Informationsbedürfnisse des Stadtrates und der Stadtverwaltung. Fragestellungen wurden von mehreren Dezernaten und Ämtern der Verwaltung sowie von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingebracht. Außerdem beteiligte sich die Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft mbH.

Der Inhalt der Umfrage im Jahr 2001 lässt sich schwerpunktmäßig wie folgt zusammenfassen:

- Bewertung zentraler Lebensbedingungen in Leipzig und ihrer Veränderung in den vergangenen fünf Jahren;
- Kommunalpolitische Informiertheit;
- Prioritätensetzung im städtischen Haushalt;
- Wohnsituation, Miete;
- Umzugsabsichten, -gründe und -ziele;
- Einkommen, wirtschaftliche Situation der Privathaushalte;
- Ehrenamtliche Tätigkeit;
- Soziodemografische Angaben.

Im Zusammenhang mit der beabsichtigten Bewerbung der Stadt Leipzig um die Ausrichtung der Olympischen Sommerspiele 2012 wurden zwei Fragen zur Akzeptanz der Bewerbung durch die Bevölkerung in den Fragebogen aufgenommen.

Überwiegend sind die Merkmale in Form geschlossener Fragen (Fragen mit vorgegebenen Antwortmöglichkeiten) erhoben worden. An einigen Stellen waren die Bürger gebeten, ihre Meinungen und Erwartungen in Stichworten oder Sätzen mitzuteilen.

Grundgesamtheit und Stichprobe

Grundlage der Stichprobe bildeten alle zum 15. August 2001 in der Stadt Leipzig mit Hauptwohnsitz gemeldeten Einwohner im Alter von 18 bis 75 Jahren. Der vorgegebene Stichprobenumfang lag bei 3 000 Personen bzw. 0,8%.

Die gewählte Grundgesamtheit wurde in Abhängigkeit von Geschlecht, Alter und Familienstand in demografische Gruppen unterteilt.

Alter	Grundgesamtheit - relativ - in Prozent								Gesamt
	verheiratet		verwitwet		geschieden		ledig		
	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	
18-24	0,1	0,3	0,0	0,0	0,0	0,0	5,8	5,7	12,0
25-34	2,3	2,9	0,0	0,0	0,3	0,5	6,9	4,9	17,9
35-44	5,5	5,7	0,0	0,1	1,5	1,6	3,2	1,7	19,4
45-54	6,0	6,0	0,1	0,3	1,4	1,5	0,9	0,6	16,9
55-64	7,2	6,9	0,3	1,1	0,9	1,4	0,4	0,6	18,9
65-75	5,3	4,3	0,6	2,6	0,3	1,0	0,1	0,7	14,9
Summe	26,5	26,2	1,0	4,2	4,4	6,0	17,4	14,3	100,0

Die Umfragen der letzten Jahre haben gezeigt, dass das Rücklaufverhalten in diesen Gruppen unterschiedlich ausgeprägt ist. Z.B. liegt die Antwortwahrscheinlichkeit bei verheirateten älteren Probanden über dem Durchschnitt. Diese Tatsache wurde durch die Berechnung von gruppenspezifischen Auswahlwahrscheinlichkeiten auf Basis der Rücklaufquoten der Bürgerumfrage 2000 berücksichtigt. Die Stichprobenziehung innerhalb einer Subpopulation mit vorgegebenem Umfang erfolgte dann nach dem Zufallsprinzip aus der Grundgesamtheit.

Die eingegangene Stichprobe weist folgende demografische Zusammensetzung auf:

Alter	Stichprobe - relativ - in Prozent								Gesamt
	verheiratet		verwitwet		geschieden		ledig		
	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	
18-24	0,0	0,3	0,0	0,0	0,0	0,1	7,9	6,9	15,2
25-34	1,6	2,7	0,1	0,0	0,1	0,6	7,8	4,5	17,4
35-44	4,8	4,7	0,1	0,1	1,7	1,7	3,6	1,5	18,1
45-54	5,1	5,9	0,2	0,5	1,7	2,4	1,4	0,8	18,0
55-64	6,9	5,1	0,2	1,1	1,1	1,1	0,5	0,7	16,6
65-75	5,5	4,4	0,5	2,0	0,4	1,1	0,1	0,7	14,7
Summe	24,0	23,0	1,1	3,6	5,0	6,9	21,3	15,2	100,0

Die immer noch vorhandenen Abweichungen gegenüber der Grundgesamtheit wurden im weiteren Verfahren durch personenbezogene Wichtungsfaktoren kompensiert.

Bei den haushaltsbezogenen Auswertungen ist zu beachten, dass größere Haushalte auch eine größere Chance haben, in die Stichprobe einbezogen zu werden. Diese unterschiedliche Auswahlwahrscheinlichkeit muss durch zusätzliche **haushaltsbezogene Wichtungsfaktoren** kompensiert werden. Außerdem wurden bei diesen Auswertungen nur die Datensätze einbezogen, bei denen die befragte Person angab, im eigenen Haushalt zu leben. Das heißt, Personen, die im Haushalt der Eltern, Kinder, Schwiegereltern, Großeltern oder woanders leben, wurden hier nicht berücksichtigt.

Die folgende Tabelle gibt den Anteil von Haushaltstypen innerhalb der auswertbaren Stichprobe ungewichtet und gewichtet wieder (eine genauere Beschreibung der verwendeten Haushaltstypen folgt weiter unten):

Haushaltstyp	Anteil ungewichtet in %	Anteil gewichtet in %
Singles	19	30
alleinstehende Rentner	5	10
Alleinerziehende	3	5
Paare mit Kind(ern)	15	15
Paare ohne Kind(er)	25	23
Rentnerpaare	12	10
Sonstige	21	8

Zeitlicher Ablauf/Rücklauf

Am 6. September 2001 erfolgte der Versand der Fragebögen an die zufällig ausgewählten Personen durch die Deutsche Post AG. Um die Rücklaufquote zu erhöhen, wurde 2 Wochen später eine Erinnerungskarte verschickt. Weitere 2 Wochen danach erfolgte eine zweite Erinnerung, wobei diesmal dem Erinnerungsschreiben nochmals der Fragebogen beigelegt war. Mit Posteingang vom 5. November wurde die Rücknahme abgeschlossen. Für die Auswertung verblieb eine Nettostichprobe von 1 505 Datensätzen. Abzüglich nicht zustellbarer Fragebögen betrug die Ausschöpfung 51 Prozent und lag damit seit 1993 erstmals wieder über der 50-Prozent-Marke. Der Umfang der auswertbaren Fragebögen und die erfolgten Anpassungswichtungen garantieren zuverlässige Ergebnisse.

Ausgewählte soziodemografische Merkmale der Stichprobe

Die folgenden Tabellen geben einen Überblick über die Stellung im Erwerbs- und im Berufsleben, den höchsten allgemeinbildenden Schulabschluss und den höchsten beruflichen Abschluss der in die Stichprobe einbezogenen 18- bis 75-jährigen Personen (nach Wichtung).

Stellung im Erwerbsleben	Anteil in %	Stellung der Erwerbstätigen im Berufsleben	Anteil in %
Erwerbstätiger (einschl. Auszubildender, in Kurzarbeit Beschäftigter, vertraglich Freigestellter, Wehr- und Zivildienstleistender)	53	Selbständiger einschließlich mithelfender Familienangehöriger	11
in Arbeitsbeschaffungs- oder Strukturanpassungsmaßnahme Beschäftigter	2	leitender oder wissenschaftlicher Angestellter, Beamter des höheren Dienstes	8
Arbeitsloser/Arbeitssuchender	12	mittlerer Angestellter, Beamter des gehobenen oder mittleren Dienstes	19
in Altersteilzeit bzw. Vorruhestand	1	einfacher Angestellter, Beamter des einfachen Dienstes	30
Rentner/Pensionär	23	Vorarbeiter, Polier, Facharbeiter im erlernten Beruf	19
Student/Schüler	7	ungelernter, angelernter, berufsfremd tätiger Arbeiter	7
Sonstige	2	Auszubildender, Lehrling	6

höchster allgemeinbildender Schulabschluss	Anteil in %	höchster beruflicher Abschluss	Anteil in %
Abitur	28	Hochschul-/Universitätsabschluss	18
Realschule (mittlere Reife, 10. Klasse)	44	Fachhochschul-/Ingenieurabschluss	15
Hauptschule (Volksschule, Grundschule, 8. oder 9. Klasse)	25	Meister, Techniker oder gleichwertiger Fachschulabschluss	17
Schule beendet ohne Abschluss der 8. Klasse bzw. noch Schüler	3	Berufsausbildung, Teilfacharbeiter	43
		(noch) ohne Berufsausbildung	7

Anlage der Ergebnisübersicht und Lesehinweise

Die vorliegende Ergebnisübersicht ist unterteilt in zwei Abschnitte. Abschnitt 1 wertet personenbezogen jene Fragen aus, die im wesentlichen auf Meinungen und Einstellungen abstellen oder auf andere Weise die Einzelperson betreffen. In Abschnitt 2 erfolgt haushaltsbezogen die Auswertung solcher Fragen, die sich auf Einschätzungen beziehen, welche den gesamten Haushalt betreffen (können).

Im personenbezogenen Auswertungsteil enthalten die Grafiken und Tabellen zusätzlich zur Gesamtgruppe Unterteilungen nach Geschlecht und Alter der Befragten sowie im weiteren nach denjenigen soziodemografischen Merkmalen, welche sich als differenzierend für den jeweiligen Gegenstand erweisen (z.B. Stellung im Erwerbsleben, Stellung der Erwerbstätigen im Berufsleben).

Der Status „Erwerbstätiger“ schließt dabei sowohl abhängig Beschäftigte wie auch Selbständige, freie Berufe und Beamte ein. Eine Gleichsetzung mit den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, zu denen in der Regel nur abhängig Beschäftigte zählen, ist von daher nicht möglich.

Für die Gesamtgruppe wird, soweit möglich, zum Vergleich das Befragungsergebnis von 1999 angegeben. In einigen Fällen, wo für 1999 kein Vergleichsergebnis vorliegt, wird auf ein früher erhobenes Ergebnis abgestellt. Zu berücksichtigt ist dabei die zum 1.1.1999 bzw. zum 1.1.2000 eingetretene Gebietsveränderung der Stadt.

Im haushaltsbezogenen Auswertungsteil erfolgen in den Grafiken und Tabellen zusätzlich zur Gesamtgruppe Aufschlüsselungen nach der Haushaltsgröße sowie im weiteren nach denjenigen haushaltsbezogenen Merkmalen, welche sich als differenzierend für den jeweiligen Gegenstand erweisen (z.B. Haushaltstyp, vorwiegende Einkommensquelle des Haushaltes).

Die Einbeziehung der Ergebnisse verschiedener haushaltsstrukturbezogener Fragestellungen (vgl. Fragebogen im Anhang dieses Berichtes, Fragen 36 und 37) in die haushaltsbezogene Betrachtung bietet den zusätzlichen Vorteil, dass Aussagen über die Lebensverhältnisse nicht direkt befragter Personengruppen (vor allem Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren) möglich werden.

Die **Haushaltstypen** sind dabei wie folgt definiert:

Singles sind Haushalte mit alleinlebenden Personen im Alter bis zu 64 Jahren. Ausgenommen hiervon sind Personen im Alter von 60 bis zu 64 Jahren, die sich bei der Frage nach der Stellung im Erwerbsleben als Rentner/Pensionär eingestuft haben. Etwa 17 Prozent dieser Gruppe sind Schüler/Studenten bzw. Auszubildende/Lehrlinge, was sich u.a. auf das Einkommen dieses Haushaltstyps auswirkt.

Alleinstehende Rentner sind Haushalte mit alleinlebenden Personen im Alter ab 65 Jahre sowie alleinlebenden Personen im Alter von 60 bis zu 64 Jahren, die sich bei der Frage nach der Stellung im Erwerbsleben als Rentner/Pensionär eingestuft haben.

Alleinerziehende sind Haushalte mit einer Person ab 18 Jahre und mindestens einem Kind unter 18 Jahren.

Paare mit Kind(ern) sind Haushalte mit einem Ehepaar oder in Lebensgemeinschaft zusammenlebenden Personen mit mindestens einem Kind unter 18 Jahren und keiner weiteren Person ab 18 Jahre. Die befragte Person ist bis zu 64 Jahre alt. Ausgenommen hiervon sind Haushalte, in denen die befragte Person im Alter von 60 bis zu 64 Jahren ist und sich bei der Frage nach der Stellung im Erwerbsleben als Rentner/Pensionär eingestuft hat. Gemäß ihrer Verteilung in der Grundgesamtheit handelt es sich vorwiegend um Paare mit einem Kind.

Paare ohne Kind(er) sind Zwei-Personenhaushalte, die in Form einer Ehe oder Lebensgemeinschaft zusammenleben. Die befragte Person ist bis zu 64 Jahre alt. Ausgenommen hiervon sind Haushalte, in denen die befragte Person im Alter von 60 bis zu 64 Jahren ist und sich bei der Frage nach der Stellung im Erwerbsleben als Rentner/Pensionär eingestuft hat.

Rentnerpaare sind Zwei-Personenhaushalte, die in Form einer Ehe oder Lebensgemeinschaft zusammenleben. Die befragte Person ist 65 Jahre oder älter. Einbezogen sind weiterhin Haushalte, in denen die befragte Person im Alter von 60 bis zu 64 Jahren ist und sich bei der Frage nach der Stellung im Erwerbsleben als Rentner/Pensionär eingestuft hat.

Die **vorwiegende Einkommensquelle** ist das Einkommen, das den größten Teil des gesamten Haushalts-Einkommens ausmacht. Wird als vorwiegende Einkommensquelle Einkommen aus Arbeitstätigkeit oder aus Renten angegeben, so ist damit nicht ausgeschlossen, dass in den betreffenden Haushalten auch Arbeitslosengeld/-hilfe oder Sozialhilfe bezogen wird. Arbeitseinkommen als vorwiegende Einkommensquelle benannt ist insofern für sich genommen kein hinreichender Indikator für den Wohlstandsgrad des Haushaltes.

In der Gruppe der **Alleinerziehenden** standen für die Auswertung nur knapp 50 Datensätze zur Verfügung. Da es sich hierbei jedoch um eine aus sozialer Sicht besonders zu beachtende Gruppe handelt, wurde sie in ausgewählten Tabellen trotz der geringen Besetzung und der damit verbundenen Unsicherheiten der Aussage ausgewiesen.

Die Ergebnisse sind, wenn nicht ausdrücklich anders verwiesen wird, in Prozentwerten sowie zum Teil zusätzlich in Mittelwerten ausgewiesen. Dort, wo die Addition der Einzelwerte in Tabellenzeilen oder -spalten 100 Prozent ergeben müsste, sind - durch Rundungen bedingt - geringe Abweichungen von 100 möglich. Bei Fragen, bei denen Mehrfachnennungen erlaubt waren, ergibt die Addition der Einzelwerte in Tabellenzeilen oder -spalten in der Regel nicht 100 Prozent.

Weichen die Ergebnisse von Teilgruppen von denen der Gesamtgruppe erheblich ab, so erfolgt in den Tabellen eine Kennzeichnung der abweichenden Werte durch Kursivsatz. Weitere Hinweise hierzu sind den Deckblättern der Abschnitte 1 und 2 zu entnehmen.

Die Resultate sind prinzipiell mit einer Personenwichtung gerechnet worden. Die haushaltsbezogenen Ergebnisse wurden mit einer zusätzlichen Haushaltswichtung ermittelt. In allen Tabellen, in denen nur eine Frage ausgewertet wird, ist außerdem stets die ungewichtete Anzahl der antwortenden Personen (kursiv) vorangestellt.

Hauptaussagen

- Eine deutliche Mehrheit der Leipzigerinnen und Leipziger stimmt einer Bewerbung Leipzigs für die Austragung der Olympischen Sommerspiele 2012 zu. Etwa jeder Sechste lehnt eine Bewerbung ab, jedem weiteren Sechsten ist dies egal. Wer einer Bewerbung zustimmt, begründet diese Entscheidung vorwiegend mit der Hoffnung auf einen wirtschaftlichen Aufschwung in der Stadt und der Region. Diejenigen, die eine Bewerbung ablehnen, verweisen in ihren Begründungen vornehmlich auf zu hohe Kosten und den Vorrang verfügbarer Mittel für andere Belange.
- Unter 13 zur Bewertung vorgegebenen Aspekten städtischer Lebensbedingungen wurden die Gegebenheiten in Leipzigs natürlicher Umwelt am besten bewertet. Insgesamt erhalten die öffentlichen Parks und Grünanlagen in Leipzig, die Naherholungsgebiete, der Zustand der Gewässer und der Luft gute Gesamtnoten. Mehrheitlich positiv äußern sich die Leipzigerinnen und Leipziger 2001 ferner zum Angebot an Alten- und Pflegeheimen sowie zum Angebot an Freizeitsportanlagen. Deutlich „am Ende der Fahnenstange“ ist die Zufriedenheit mit dem Angebot an Arbeitsplätzen und Lehrstellen platziert. Gemäß der Unzufriedenheitspotentiale sind mit diesen beiden Aspekten die „Kardinalprobleme“ aus Sicht der Befragten benannt.
- Überwiegend positive Entwicklungen in den vergangenen fünf Jahren sehen die Befragten vor allem beim Zustand der Gewässer, beim Ausbau der Naherholung und bei der Luftsauberkeit. Überwiegend negativ betrachtet wird die Entwicklung beim Angebot von Arbeitsplätzen und Lehrstellen, dazu auch bei Kindereinrichtungen und Jugendfreizeiteinrichtungen.
- Ein gutes Drittel der Befragten billigt keiner Partei den Anspruch zu, gute Politik für die Bundesrepublik zu machen. Ein weiteres Drittel kann sich nicht entscheiden. Von denen, die einer Partei hinreichende Kompetenz zubilligen, entschieden sich im Herbst 2001 die meisten für die SPD, mit Abstand gefolgt von der CDU.
- Auf der Grundlage der Auswertung von neun relevanten Fragestellungen bzw. Statements zu aktuellen kommunalpolitischen Gegebenheiten und einem darauf basierenden Punktsystem konnte 7 Prozent der Befragten eine gute, weiteren 31 Prozent eine eher gute kommunalpolitische Informiertheit bescheinigt werden.
- Unter im Fragebogen vorgegebenen 16 kommunalen Aufgabenbereichen soll nach Meinung der Befragten vorrangig bei Mitteln für die Integration von Ausländern, für große Sportereignisse und für Leistungen der Sozialhilfe gespart werden. Weniger gespart werden soll vornehmlich bei der sozialen Infrastruktur (Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser, Alten- und Pflegeheime), beim Schutz vor Kriminalität, bei der Wirtschaftsförderung, bei Straßenbau und -sanierung sowie bei Freizeiteinrichtungen für Kinder und Jugendliche.
- Persönliche und Haushaltseinkommen stagnieren in Leipzig seit etwa 1995 oder steigen zumindest nur in bescheidenem Maße an. Im Vergleich zu 1999 zeigt sich für die Gesamtgruppe der 18- bis 75-Jährigen ein Anstieg der durchschnittlichen monatlichen persönlichen Nettoeinkünfte um etwa 80 DM auf nunmehr gut 2100 DM. Männer erzielen nach wie vor im Durchschnitt höhere Gehälter als Frauen. Arbeitslose verfügen etwa über die Hälfte dessen, was Erwerbstätige monatlich verdienen, Rentner befinden sich in der Mitte zwischen den beiden Gruppen.
- Die überwiegende Sicherung des Lebensunterhaltes der Leipziger Haushalte erfolgt durch Einkommen aus Erwerbs- bzw. Berufstätigkeit. Etwa jeder zehnte Haushalt lebt überwiegend von Arbeitslosengeld oder -hilfe. 25 Prozent der Haushalte sichern den Lebensunterhalt vorwiegend durch Renten bzw. Pensionen. Bedenklich stimmt, dass fast jeder dritte Alleinerziehenden-Haushalt den Lebensunterhalt vorrangig durch Arbeitslosengeld oder -hilfe bestreiten muss. Allerdings ist dieses Ergebnis aufgrund der niedrigen Fallzahl mit gewisser Vorsicht zu interpretieren. Das durchschnittliche Haushaltseinkommen der Leipziger Haushalte betrug im August 2001 etwa 3260 DM und ist somit im Vergleich zu 1999 nur geringfügig angestiegen. Alleinstehenden Rentnern standen etwa 2000 DM zur Verfügung, Single-Haushalten etwa 2100 DM. Paare mit einem Kind oder mit mehreren Kindern konnten über knapp 4700 DM verfügen.
- Kleingarten- und Sportvereine haben unter den Vereinen in Leipzig die größte Mitgliederanzahl. Etwa jeder vierte 18- bis 75-Jährige ist Mitglied in einem Kleingartenverein, etwa jeder fünfte in einem Sportverein. In ähnlicher Häufigkeit sind die Leipzigerinnen und Leipziger in einer Gewerkschaft vertreten bzw. Glied einer Kirche oder Religionsgemeinschaft. Ehrenämter werden am häufigsten ebenfalls im Sportverein und im Kleingartenverein übernommen, gefolgt von beruflichen Interessenverbänden. Hochgerechnet auf die Einwohner der Stadt Leipzig haben jeweils mehr als 12000 ein Ehrenamt im Sportverein oder im Kleingartenverein inne. Etwa 8000 üben ein solches Amt im Bereich von beruflichen Interessenverbänden aus.
- 18 Prozent der Leipzigerinnen und Leipziger fühlen sich in ihrem Wohnbereich durch Straßenverkehrslärm belästigt. Das betrifft etwas überdurchschnittlich Bewohner in den Stadtbezirken Mitte und Süd. In nennenswerter Größenordnung folgt Lärmbelästigung durch Schienenverkehr, überdurchschnittlich im Stadtbezirk Alt-West

angeführt. Vornehmlich im Stadtbezirk Mitte treten noch Belästigungen durch Baulärm auf. In den Stadtbezirken Nord, Nordost und Nordwest wird eine mittlere Belastung durch Flugverkehr mitgeteilt.

■ Die telefonische Erreichbarkeit des Vermieters bei Fragen und Problemen wird durch die Mieter in Leipzig überwiegend positiv eingeschätzt; etwas weniger gut sind die Urteile bei der Frage nach der persönlichen Erreichbarkeit. Hat man mit seinem Vermieter ein Problem zu klären, so geschieht dies überwiegend in freundlicher Atmosphäre; die Vermieter erweisen sich nach Meinung von zwei Dritteln der befragten Mieter hilfsbereit. Unterschiedlich hoch sind in Abhängigkeit vom jeweiligen Eigentümer die Mieter-Anteile, die ihren Vermieter auch an Bekannte und Verwandte weiterempfehlen würden. Wer sich über Wohnungsangebote informieren möchte, nutzt dazu am häufigsten die Tageszeitung. Etwa jeder dritte Mieter nutzt für diese Belange das Internet.

■ Im Verlauf der vergangenen zwei Jahre hat sich am Verhältnis von zur Miete bzw. in Wohneigentum Lebenden nichts Wesentliches geändert. Mit einem Haushalts-Anteil von 13 Prozent, welcher in Wohneigentum lebt, liegt Leipzig immer noch weit unter dem Schnitt vergleichbarer Großstädte in Westdeutschland. Der Großteil der Leipziger Wohnungen befindet sich demgemäß in Mehrfamilienhäusern. Etwa jeder zehnte Haushalt gab an, im Einfamilienhaus zu leben. Dieser Anteil ist bei größeren Haushalten etwa doppelt so hoch.

■ Etwa 50 Prozent der befragten Haushalte leben in Gebäuden, die vor 1960 erbaut worden sind. Gut die Hälfte aller vor 1990 erbauten Wohnungen sind nach Angaben ihrer Bewohner vollständig saniert worden. In 12 Prozent der Wohnungen fand bisher keinerlei Sanierung statt.

■ Die durchschnittliche Grundmiete der Haushalte betrug im August 2001 knapp 600 DM, für die Gesamtmiete ergab sich ein Mittelwert von etwa 800 DM. Damit haben sich die Mieten im Schnitt in den vergangenen zwei Jahren nur minimal erhöht. Die nominell höchsten Gesamtmieten wurden im Schnitt von den Haushalten mit vier oder mehr Personen mit knapp 1100 DM gezahlt.

■ Etwa 40 Prozent der in die Befragung einbezogenen Haushalte erwägen innerhalb der nächsten zwei Jahre einen Umzug, darunter 14 Prozent relativ gesichert. Damit befindet sich die Mobilität der Leipziger Haushalte auch nach den Eingemeindungen auf demselben Niveau wie zuvor.

■ Etwa zwei Drittel der umzugswilligen Haushalte wollen sich eine neue Wohnung im Stadtgebiet Leipzigs suchen und verbleiben also in Leipzig. Zurückgegangen ist im Vergleich zu 1999 der Anteil derjenigen, die in das nähere Umland der Stadt ziehen wollen. Hingegen ist zuletzt der Anteil derjenigen stark angestiegen, die in ein altes Bundesland umziehen wollen.

■ Die am häufigsten genannten Motive für den beabsichtigten Umzug sind zu hohe Wohnungskosten, zu geringe Größe der bisherigen Wohnung, familiäre Ereignisse (eigene Haushaltsgründung, Scheidung u.a.) sowie berufliche Gründe. Jeder dritte größere Haushalt führte den Erwerb von Haus- bzw. Wohneigentum an. Die zugenommene Nennungshäufigkeit von „beruflichen Gründen“ verweist auf die prekäre Arbeitsmarktsituation.

■ Der Umzug soll vorrangig in privat vermietete Wohnungen erfolgen. Paare mit Kindern streben darüber hinaus vergleichsweise stark die Bildung von Wohneigentum an. Anders als noch 1999 wollen im Herbst 2001 fast 60 Prozent der umzugswilligen Haushalte in eine (sanierte) Altbauwohnung ziehen (1999: 46 Prozent). Plattenbauten haben weiter an Anziehung eingebüßt. Großer Wert wird auf den Zustand „vollständig saniert“ gelegt; nur etwa jeder siebente umzugswillige Haushalt würde eine nur teilweise sanierte Wohnung akzeptieren. Für unsanierte Wohnungen besteht so gut wie kein Interesse. Für vier von fünf umzugswilligen Haushalten gehört ein Balkon notwendiger Weise zur Ausstattung der neuen Wohnung. Parkett- oder Laminat-Fußboden, Einbauküche und Aufzug werden nur von Teilgruppen gewünscht.

■ Die maximale monatliche Gesamtmiete (Warmmiete) darf nach den Vorstellungen der Umzugswilligen im Durchschnitt etwa 950 DM betragen. Die Spanne der Durchschnittswerte reicht von etwa 850 DM, welche Ein-Personen-Haushalte maximal zahlen würden, bis zu etwa 1150 DM, die im Höchstfall von Haushalten mit 4 oder mehr Personen getragen würden.

■ Besonderes Gewicht messen umzugswillige Haushalte der Lage und dem Zuschnitt der gewünschten Wohnung und dem Mietpreis bei. Extraangebote des Vermieters (z.B. regelmäßige Informationen, Mieterfeste) sowie die Präsenz des Vermieters im Wohngebiet erscheinen hingegen entbehrlich. Gemeinschaftsgärten oder grüner Hof und der Einsatz ökologischer Technologien werden häufiger von größeren Haushalten als wichtig erachtet.

■ In jedem dritten der befragten Haushalte leben Haustiere. Am häufigsten sind Katzen, Hunde und Vögel vertreten. Bei Paaren mit Kindern ist der Anteil von „Haustier-Haushalten“ mit 56 Prozent deutlich am größten. Dort, wo Haustiere im Haushalt zu finden sind, wird häufig mehr als ein Tier gehalten. Nachbarn reagieren auf die Tierhaltung nach Meinung der Halter überwiegend zustimmend, zumindest jedoch nicht ablehnend.